iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Zuwanderung | 11.04.2018 | Lesezeit 3 Min.

Ausländische Fachkräfte gesucht

Schon heute wird ein bedeutender Teil der neu geschaffenen Jobs in Deutschland mit Ausländern besetzt. Und der Bedarf an ausländischen Fachkräften steigt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels weiter. Um gut qualifiziertes Personal aus Drittstaaten zu gewinnen, sollte jungen Leuten mit den entsprechenden Grundvoraussetzungen auch eine Ausbildung ermöglicht werden.

In vielen Altenheimen, Schulen und Industrieunternehmen sind qualifizierte Mitarbeiter heute schon Mangelware. Diese Fachkräfteengpässe werden sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wenn die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen, stehen nämlich nicht genügend junge Menschen zur Verfügung, die diese Lücken füllen könnten.

Vor diesem Hintergrund ist Deutschland auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Bereits in den zurückliegenden Jahren konnte ein bedeutender Teil des Beschäftigungsaufbaus nur mithilfe von Zuwanderern gelingen:

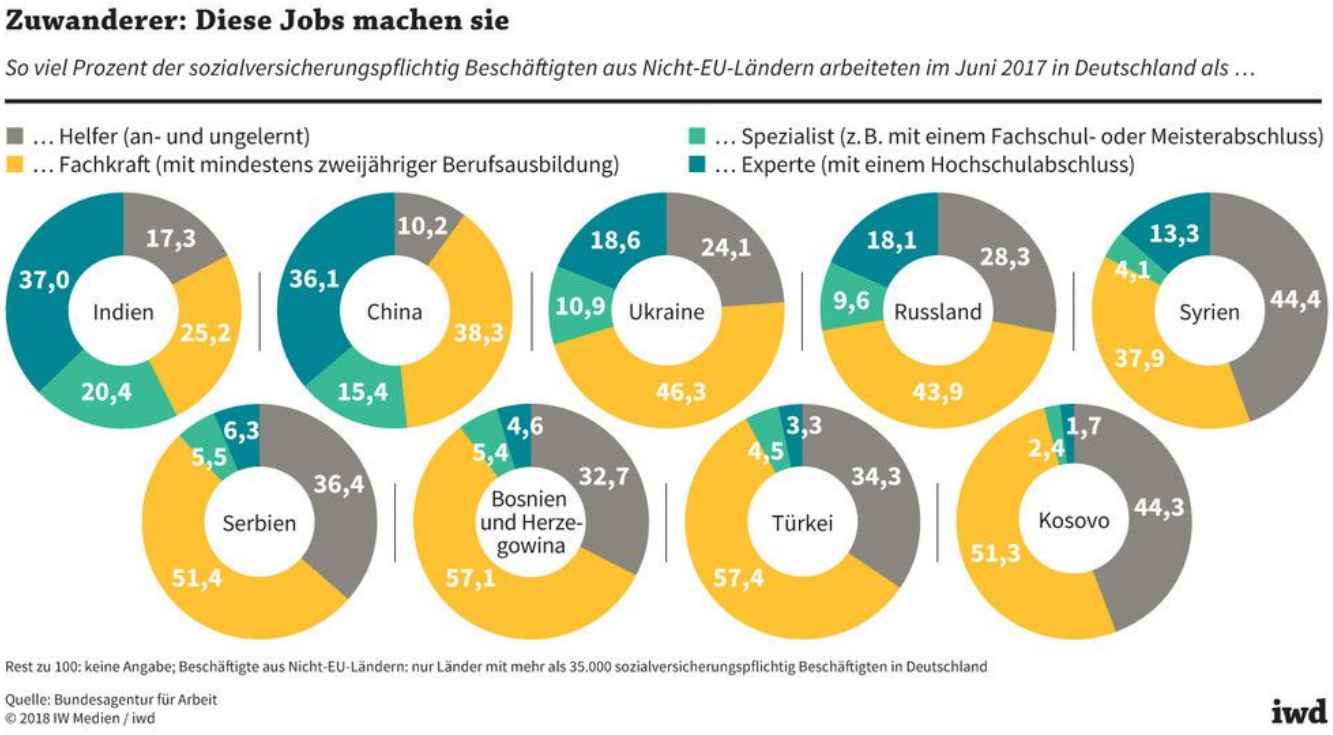
Zwischen 2012 und 2017 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik um 2,88 Millionen gestiegen – darunter waren 1,28 Millionen Ausländer.

Die meisten von ihnen – knapp 890.000 – stammten aus der EU, 390.000 waren Drittstaatenangehörige.

Das dürfte sich allerdings schon recht bald ändern. Denn auch andere EU-Länder sind vom demografischen Wandel betroffen, die weiteren Wanderungspotenziale aus diesen Staaten sind also entsprechend begrenzt. Auf längere Sicht ist Deutschland deshalb auf Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten angewiesen.

Dabei handelt es sich allerdings um eine recht heterogene Gruppe, wie ein Blick auf die sozialversichungspflichtige Beschäftigung zeigt (Grafik):

Zuwanderer aus Indien und China arbeiten in Deutschland besonders oft in akademischen Berufen, während Beschäftigte aus den Balkanstaaten, der Türkei und aus Flüchtlingsherkunftsländern wesentlich häufiger als Helfer arbeiten.



Eine weitere Gruppe bilden Länder, deren Beschäftigte vergleichsweise oft als Experten und Spezialisten (mehr als 25 Prozent) und zu einem überschaubaren Anteil als Helfer (weniger als 30 Prozent) arbeiten – dazu zählen unter anderem Russland und die Ukraine. Eine Sonderrolle kommt Syrien zu, das zwar absolut gesehen in erste Linie Helfer stellt, aber mit einem Anteil von rund 13 Prozent auch recht viele Akademiker.

Um den Fachkräftemangel in Deutschland zu mildern,

> sollten die Kriterien für die Vergabe von Aufenthaltstiteln transparenter gestaltet und mehr junge Menschen aus Nicht-EU-Ländern für eine Ausbildung gewonnen werden.

Die Anforderungsniveaus sind deshalb so bedeutsam, weil in Deutschland vor allem gut qualifizierte Fachkräfte gesucht werden – insbesondere im MINT- und im Gesundheitsbereich. Der Bedarf an an- und ungelernten Beschäftigten dagegen dürfte wohl auch langfristig mit Inländern und Flüchtlingen gedeckt werden können.

Um die Zuwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte aus Drittstaaten zu fördern, sind vor allem zwei Punkte relevant:

Erstens sollten die Kriterien für die Vergabe von Aufenthaltstiteln transparenter und besser nachvollziehbar gestaltet werden. Momentan gibt es eine Vielzahl verschiedener Zugangswege für hochqualifizierte Erwerbstätige mit sehr unterschiedlichen Vergabekriterien, die überdies sehr große Interpretationsspielräume lassen. Dies führt zu großer Unsicherheit sowohl bei denen, die zuwandern wollen, als auch bei Unternehmen, die im Ausland neue Mitarbeiter suchen.

Zweitens sollte Deutschland nicht allein auf die Erwerbszuwanderung setzen, sondern auch verstärkt junge Menschen aus Nicht-EU-Ländern für eine betriebliche oder hochschulische Ausbildung und einen späteren Verbleib in Deutschland gewinnen. Dass das funktioniert, zeigt sich an China: Ein großer Teil der von dort zugewanderten Fachkräfte hat bereits in Deutschland studiert. So lebten 2014 rund 10.600 chinesische Akademiker in Deutschland, die zum Studium ins Land gekommen sind und ihren Abschluss zwischen 2009 und 2014 gemacht haben.

Kernaussagen in Kürze:

- Zwischen 2012 und 2017 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik um 2,88 Millionen gestiegen – darunter waren 1,28 Millionen Ausländer.
- Deutschland wird auch in Zukunft Fachkräfte aus dem Ausland - vor allem aus Staaten außerhalb der EU - benötigen, um den Fachkräftemangel einzudämmen.
- Sowohl transparente Kriterien für die Vergabe von Aufenthaltstiteln als auch eine

verstärkte Gewinnung von jungen Ausländern für eine Ausbildung in Deutschland können bei diesem Unterfangen helfen.